Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 144. Dienstag, 24. Juni 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Landtagssitzung am 14. Juli?

Dresden, 24. Juni.

In unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß die Einberufung des neuen Landtages möglicherweise schon auf den 14. Juli festgesetzt werden wird, da die in den gesetzlichen Vorschriften vorgesehenen Fristen zur Feststellung des Wahlergebnisses und zur Erklärung der gewählten Abgeordneten über die Annahme der Mandate eine frühere Einberufung kaum zulassen werden.

23 neue Abgeordnete im Landtag.

Dresden. Von den 96 Abgeordneten des alten Landtags sind insgesamt 23 — also rund ein Viertel — durch neue Leute ersetzt worden. Unter den alten Abgeordneten, die in den neuen Landtag nicht wieder einziehen werden, sind zum Teil recht bekannte Namen, wie Dr. Kretzschmar, Frau Büttmann, Prof. Dr. Wagner, Dr. Eberle (Deutschnational), Dieckmann, Dr. Frucht, Ulbrich, Winkler, Lunze (Deutsche Volkspartei), Wagner (Wirtschaftspartei), Prof. Dr. Kastner (Dem.), Dr. v. Fumetti (Volksr.), Schöning, Tempel, Müller-Chemnitz (SPD.), Opitz, Scheffler, Mildenstreu, Glatzer, Lange, Schwarz (KPD.). Neu ziehen in den Landtag ein Syndikus **Vogel-Coßmannsdorf** (Deutschnational), für den Abg. Winkler (Landv.) der Gutsbesitzer **Dr. Dankmeyer**, bei den Nationalsozialisten, **Schreiber, Sindentkowski, Lasch, Dr. Bennecke, Schlegel, Naumann, Fischer, Grahl** und **Schneider**, bei den Sozialdemokraten **Heide** und **Kuhn** und bei den Kommunisten **Breitenborn, Mehlhorn, Frl. Groh, Mätzig, Frau Körner, Wehner** und **Frau Kühne**.

Neu sind im Landtag vertreten die **Volksnationale Reichsvereinigung** mit zwei Abgeordneten (Lasse und Bannier), und der **Christlich-soziale Volksdienst** (Bley und Fischer). Dagegen ist die Alte Sozialdemokratische Partei überhaupt nicht mehr vertreten (bisher Buck und Heldt).

Der **Zentrumspartei** ist es nicht geglückt, einen ihrer Kandidaten in den neuen Landtag zu bringen, da ihr Kandidat, Verwaltungsamtmann Müller-Dresden auf der Liste der Wirtschaftspartei in den Wahlkreisen Dresden-Bautzen und Leipzig erst an fünfter Stelle aufgestellt war.

Pressestimmen über die sächsischen Landtagswahlen.

Berlin. Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen wird am Montag von allen Berliner Blättern ausführlich behandelt. Der **Abend** erklärt, der Erfolg der Faschisten sei zugleich eine schwere Niederlage der bürgerlichen Parteien. Diese Wahl habe die Situation in Sachsen noch verworrener gestaltet, als sie es ohnehin schon war. Die **Vossische Zeitung** betont, daß die Deutsche Volkspartei, die seit dem Hinscheiden Stresemanns von wechselnden Strömungen hin und her gerissen werde, den größten Teil der Zeche bezahle. Die Lehre des 22. Juni sei: Mit Parlamentsauflösung ohne klares Ziel, ohne straffe Führung werde die Zersplitterung vermehrt und der Radikalismus gestärkt. Auch das **Berliner Tageblatt** weist darauf hin, daß das, was man volksparteilicherseits mit dem schönen Wort „Bürgerblockpolitik" nenne, den Ruin der Partei als ganzes zur Folge habe. Mit der Parole: Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie habe man am Sonntag Hitler seinen Sieg ermöglicht. Die **Germania** meint, wenn die linksradikale Vergangenheit und die rechtsradikale Gegenwart auch heute der sächsischen Mitte noch nicht zur Einsicht verhelfen könne, dann sei ihr überhaupt nicht mehr zu helfen. Dann sei auch der letzte Beweis für die Notwendigkeit erbracht, daß die Tage des Länderparlamentarismus in seiner heutigen Form gezählt sein müßten. Die **DAZ.** ist der Ansicht, daß die Wahlen in Sachsen eine außerordentliche Festigung der Position des Reichskanzlers sein müßten. Wenn jemals, so scheine jetzt der psychologische Augenblick gegeben, um im Rahmen eines umfassenden Programms zur Neuordnung der öffentlichen Wirtschaft zu schreiten. Die **Deutsche Tageszeitung** weist darauf hin, daß die Volksnationale Reichsvereinigung mit weniger als 40 000 Mahraun sicher eine schwere Enttäuschung gebracht und den klaren Beweis geliefert habe, daß sie nur zersplittern und schwächen, nicht aber Bausteine zu einer neuen bürgerlichen Front liefern könne. Der Christlich-soziale Volksdienst habe allenfalls einen Achtungserfolg zu verzeichnen. Der **Berliner Lokalanzeiger** erklärt, daß der Kampf auf Zertrümmerung der Deutschnationalen Volkspartei diese wesentlich geschwächt und weiter nichts genützt habe, als daß zwei einflußlose Splitterparteien mehr im sächsischen Landtag vorhanden sein werden. Die **Deutsche Zeitung** findet den Verlust der Mittelparteien über die Grenzen Sachsens hinaus bedeutsam, vor allem die ungeheure Niederlage der Deutschen Volkspartei. Die Notopferpläne Moldenhauers seien seiner Partei sehr teuer zu stehen gekommen.

Der „Völkische Beobachter" zum sächsischen Wahlergebnis.

München. Das nationalsozialistische Hauptorgan, „Der Völkische Beobachter", erklärt zu dem Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen: Die beherrschende Stellung der Nationalsozialisten sei unbestritten. Die bürgerlichen Parteien seien gezwungen, mit den Nationalsozialisten zusammen die Regierung zu bilden. Es sei selbstverständlich, daß aus dieser Konstellation für die Regierungsbildung die Folgerungen gezogen werden müssen. Die Nationalsozialisten werden vor allem das Innenministerium fordern. Sachsen sei das zweite Land, das nach Thüringen unter nationalsozialistischen Einfluß komme. Die mitteldeutsche Barriere sei im Aufbau begriffen. Von dieser Grundtendenz aus werde über kurz oder lang der Vormarsch angetreten und die Eroberung des Reiches verwirklicht werden. Nun sei Bayern an der Reihe.

Die Vorschläge der Länderkonferenz zur Reichsreform.

vdz. Zu den Beratungen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die Vorschläge des Verfassungsausschusses der Länderkonferenzen für die Reichsreform gehen davon aus, daß neben der Reichsgewalt **eine preußische Zentralgewalt nicht bestehen bleiben darf.** Die Reichsregierung und die preuß. Zentralregierung sollen vereinigt, die preuß. Ministerien von den Reichsministerien übernommen, alle preuß. Behörden Reichsbehörden werden. Das Reich selbst bleibt in Länder gegliedert, die etwa von der Größe der preuß. Provinzen und der größten außerpreußischen Länder sein sollen. Bayern, **Sachsen, Württemberg und Baden sollen eine Stellung** erhalten, die der Stellung der heutigen Länder nahekommt. Schwierig ist die Frage zu lösen, wie für die Länder neuer Art die Gesetzgebung einzurichten ist. Der Beschluß des Verfassungsausschusses läßt es dahingestellt, ob der allgemeine Weg der Reichsgesetzgebung gewählt werden soll oder ob an die Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichstages oder Reichsrates nur die von den Ländern neuer Art entsandten Mitglieder treten sollen. — Was die Vertretung der Länder im **Reichsrat** anlangt, so soll jedem Land auf 700 000 Einwohner eine Stimme zustehen. Es bleibt allgemein bei der Instruktion der Reichsratsstimmen durch die Länder wie bisher. — Die **Zuständigkeit** des Reiches will der Verfassungsausschuß auf all den Gebieten erhalten, auf denen Lebensfragen des Reiches berührt werden; Auswärtiges, Heer und Marine, Finanzen, Reichsbahn und Reichspost sollen insbesondere ausschließlich von Reichsbehörden oder Reichsanstalten verwaltet werden. Dem Vorschlag des Unterausschusses, auch die Justizverwaltung reichseigen zu gestalten, ist der Ausschuß nicht beigetreten. Die Länder alter Art behalten grundsätzlich ihre bisherige Zuständigkeit. Eine Zuständigkeit zur Gesetzgebung haben die neuen Länder nur insoweit, als sie ihnen besonders übertragen wird. Polizeiverwaltung, Hoheitsaufsicht über die Gemeinden und die berufsständige Selbstverwaltung, Gewerbeaufsicht, die kirchlichen Angelegenheiten, die wissenschaftlichen, bisher staatlichen Anstalten und die inneren Schulangelegenheiten einschl. der Schulaufsicht gehören danach in den Ländern alter Art zur Zuständigkeit des Reiches.

Um in den Ländern stetigere Regierungsverhältnisse zu schaffen, kann die Länderverfassung vorsehen, daß die Landesregierung auf bestimmte Zeit **jedoch höchstens auf die Dauer der Wahlperiode bestellt wird. Ihr Rücktritt ist notwendig,** wenn ihr später das Vertrauen mit ⅔ Mehrheit entzogen wird. Die Landesspitze der Länder neuer Art soll der preuß. Provinzialverfassung nachgebildet werden; ein Landeshauptmann soll auf bestimmte längere Zeit vom Landtag gewählt werden und von der Bestätigung der Reichsregierung abhängig sein. Er instruiert auch unter Mitwirkung von drei Mitgliedern des Landesausschusses die Reichsratsstimmen. — Die Reichsregierung soll sich an die oberste Landesbehörde wenden können mit Anweisungen aus dem Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit. Die Reichsregierung hat ein Recht auf Auskünfte, auf Akteneinsicht und zu Besichtigungen an Ort und Stelle. — Künftiger Entscheidung soll es vorbehalten bleiben, ob Bedürfnis vorhanden ist für eine dritte Länderkonferenz zwischen den Ländern alter und neuer Art. Erst wenn festgestellt ist, wie künftig die Länder im Deutschen Reich gestaltet sein werden und mit welcher Zuständigkeit sie ausgestattet sind, kann der Frage der Gliederung im einzelnen und der Frage der Teilung der finanziellen Einnahmequellen zwischen Reich und Ländern nähergetreten werden.

Die Verhandlungen um den Reichsfinanzministerposten

Reichsminister Dietrich beim Reichskanzler

Berlin, 24. Juni.

Wie wir erfahren, empfing Reichskanzler Brüning gestern abend den Reichswirtschaftsminister Dietrich, um mit ihm über die Uebertragung des Reichsfinanzministeriums zu verhandeln. Eine Entscheidung wurde jedoch gestern abend noch nicht getroffen, vielmehr wird die Frage der Besetzung des Finanzministeriums in der heutigen Sitzung des Reichskabinetts weiter besprochen werden.

Die Aussprache zwischen Dietrich und Brüning.

Berlin. Ueber die Unterredung, die gestern abend Reichskanzler Brüning mit dem Reichswirtschaftsminister Dietrich hatte, berichtet die Voss. Ztg.: Dietrichs Plan einer Finanzsanierung weicht zum Teil von dem Moldenhauerschen ab. Während Dr. Moldenhauer das Defizit durch ein 4prozentiges Notopfer aller Beamten und Festbesoldeten decken wollte, was im wesentlichen auf eine Gehaltskürzung hinaus gelaufen wäre, hält Dietrich den von der preußischen Regierung im Reichsrat gemachten Vorschlag für günstiger, **Notopfer lediglich in der Höhe von 2½ v. H.** entsprechend dem Beitrag der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu der Arbeitslosenversicherung zu erheben und den Kreis der von diesem Notopfer Betroffenen zu beschränken.

Der Ausfall, der sich aus dem abweichenden Vorschlag ergibt, soll zum Teil gedeckt werden durch größere Streichungen im Etat. Es würde sich um etwa 100 Millionen Mark handeln. Erwogen worden ist, ob als Ausgleich für das sogenannte Notopfer der Beamten ein Zuschlag zu jenen Einkommensteuern erhoben werden könnte, die nicht aus Gehalt und Lohn fließt.

Eine Rolle spielte in der Unterhaltung auch die Frage eines **Ermächtigungsgesetzes**, das nicht generell gewährt, sondern unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt werden soll. Die Regierung soll ermächtigt werden, innerhalb bestimmter Grenzen die Deckungsvorlage auf dem Verordnungswege zu erlassen. Unter dieser Voraussetzung wäre auch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erleichtert, da es nicht einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedürfe.

Das Berliner Tageblatt hebt im Fettdruck hervor: Die demokratische Reichstagsfraktion, die gleichfalls heute vormittag eine Sitzung abhält, wird sich durch eine etwaige Annahme des Finanzministeriums durch Dietrich in bezug auf die Finanzvorlagen nicht gebunden fühlen, sondern sich freie Hand wahren. Daran hat sie keinen Zweifel gelassen.

Volkspartei und Kabinett Brüning

Berlin, 24. Juni.

Die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich besonders mit dem Ergebnis der sächsischen Wahlen und der Besetzung des Reichsfinanzministeriums befaßte, dauerte bis in die späten Abendstunden. Wie über ihr Ergebnis im Reichstag verlautet, stellte sie sich einmütig auf den Standpunkt, daß die weitere Haltung zum Kabinett Brüning davon abhängig gemacht wird, wie es sich zu den bekannten Grundsätzen der Deutschen Volkspartei über die Finanzgestaltung stellt. Die Fraktion setzte ein Kommission ein, die diese Vorschläge noch präzisieren soll. Es ist anzunehmen, daß der Parteiführer Dr. Scholz heute vormittag den Kanzler hierüber unterrichten wird.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts ist bereits auf 9,30 Uhr vormittags angesetzt. Von der Besprechung zwischen Dr. Scholz und dem Kanzler über die Kabinettsbildung wird die Entscheidung über die weitere Haltung der Deutschen Volkspartei zum Kabinett Brünng abhängen.

Die Finanzfrage vor dem Reichskabinett.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett tagt seit heute vormittag 9,30 Uhr, um die Fragen zu besprechen, die mit der Neubesetzung des Reichsfinanzministeriums zusammenhängen. Der Führer der Deutschen Volkspartei, **Dr. Scholz**, hatte gestern abend nach der Fraktionssitzung noch eine telefonische Unterredung mit dem Reichskanzler. Die Aussprache, in der Dr. Scholz dem Kanzler die Forderungen seiner Fraktion auf Durchführung ihrer bekannten Vorschläge unterbreiten wird, findet aber erst nach der Kabinettssitzung statt.

Zu den Befreiungsfeiern.

vdz. Ueber die Rednerliste bei den Befreiungsfeiern im Rheinland erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ. das folgende: Bei den Sofort-Feiern werden sprechen in Mainz der Reichsinnenminister **Dr. Wirth**, in Trier der Reichsverkehrsminister **v. Guérard**, in Speyer der Reichsminister für die besetzten Gebiete **Treviranus**, für Wiesbaden ist der Redner noch nicht bestimmt, da ursprünglich Dr. Moldenhauer in Aussicht genommen war. Bei den Hauptfeiern spricht am 6. Juli in Kehl der Reichsaußenminister **Dr. Curtius**. Während der Reise des Reichspräsidenten nach dem Rheinland in den Tagen vom 19. bis 23. Juli werden sprechen in Speyer der Reichsaußenminister **Dr. Curtius**, in Mainz der Reichskanzler **Dr. Brüning** und der vorige Reichskanzler **Hermann Müller**, in Koblenz Herr **v. Guérard** und in Trier Herr **Dr. Wirth**. Für Aachen ist der Redner noch nicht bestimmt.

SLUB
Wir führen Wissen.